GRÜNES Traunstein
www.gruene-traunstein.de
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN TRAUNSTEIN

Sechste Ausgabe Oktober 2012

Aus dem Stadtrat

Von Burgi Mörtl-Körner

Antrag der grünen Stadtratsfraktion auf Begrenzung der Fläche für Einzelhandelsgroßprojekte als Änderungsvorschlag der Stadt Traunstein für den Landesentwicklungsplan wird mit großer Mehrheit vom Stadtrat abgelehnt!

Derzeit wird im Landtag ein neuer Landesentwicklungsplan (LEP) erarbeitet und so konnte auch die Stadt Traunstein Änderungswünsche einbringen. Der LEP enthält zwar grundsätzlich Ziele, den Flächenverbrauch zu mindern, enthält aber dann zahlreiche Grundsätze, die dem Flächensparen zuwiderlaufen.
So wird sich die Anzahl der zentralen Orte erhöhen, die für Einzelhandelsgroßprojekte in Frage kommen. Besonders negativ ist im LEP zu kritisieren, dass die Ausweisungen von Einzelhandelsgroßprojekten erleichtert werden. Einzelhandelsgroßprojekte für Nahversorgungsbetriebe sollen nun bis 1200m² (bisher 800m²) in allen Gemeinden zugelassen werden. Diese dürfen nun ohne jegliche landesplanerische Prüfung überall gebaut werden.
Auch die Vorgaben zur städtebaulichen Integration der Einzelhandelsgroßprojekte werden aufgeweicht.

Warum sollte der Stadtrat auf Antrag der Grünen eine Begrenzung im LEP fordern?
Aus Sicht der Grünen sind folgende negativen Auswirkungen der Einzelhandelsgroßprojekte zu erwarten:

- Enormer Flächenverbrauch: Verkaufsfläche und Parkplätze, Versiegelung von Flächen, während SteuerzahlerInnen enorme Summen für Hochwasserschutz ausgeben; nebenbei gehen wertvolle landwirtschaftliche Flächen verloren
- Zunahme des Verkehrs, da diese meist in Randlage (außerhalb) der Innenstadt ohne ÖPNV-Anschluss errichtet werden
- Schwächung der Innenstädte, Zerstörung der traditionellen Kleinbetriebe wie Metzger und Bäcker
- Innerstädtische Strukturen werden in ihrem Bestand gefährdet und dem Konzentrationsprozess im Einzelhandel wird Vorschub geleistet
- Schlechtere Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs für Menschen mit geringer Mobilität, da rein auf Autofahrer abgestimmte Strukturen verstärkt werden

Dies ist nicht mit den Zielen und Ansprüchen des LEP „Anpassung an den demographischen Wandel", „Klimaschutz" oder „Reduzierung des Flächenverbrauchs" vereinbar. Dies zu fordern wäre im Sinne der Stadt Traunstein, im Sinne des sparenden Umgangs mit der endlichen Ressource „Fläche" und im Sinne des Klimaschutzes notwendig gewesen!

Behindertengerechte Toilette am Rathaussaal

Von Burgi Mörtl-Körner

Besonders gefreut hat es uns, dass der Stadtsaal im Rathaus nun eine behindertengerechte Toilette hat. Obwohl unser Antrag hierzu noch vor zwei Jahren abgelehnt wurde, hat sich die Stadtratsmehrheit doch im Rahmen der Brandschutzsanierung für eine Toilette vor dem Stadtsaal und einen verbesserten Zugang zum Rathaussaal für mobilitätsbeschränkte Mitmenschen beim Umbau entschieden. Somit ist es unseren behinderten Mitmenschen möglich, abends an kulturellen und politischen Veranstaltungen im Stadtsaal teilzunehmen!

Traunstein - eine „Fairtrade-Stadt"? Es bewegt sich was.

Von Thomas Stadler

Unkompliziert und kooperativ zeigte sich die Verwaltung der Stadt Traunstein bei der Einführung des *Eine-Welt-Kaffees* für die Stadtratssitzungen. Auf meine Anfrage hin erklärte sich Herr Spiegelsberger bereit, den *Eine-Welt-Kaffee* „testen" zu lassen. In Absprache mit Herrn Oberbürgermeister Kösterke wurde in einer Stadtratssitzung den „unwissenden" TeilnehmnerInnen *Eine-Welt-Kaffee* ausgeschenkt. Auf Nachfrage von Hr. OB Kösterke über den Geschmack des Kaffees, gab es rundum ein positives Feedback. Dies gab für das Stadtoberhaupt den Ausschlag, in Zukunft bei den Stadtratssitzungen *Eine-Welt-Kaffee* verwenden zu lassen.
Ein wichtiger Schritt in Richtung ***Fairtrade-Stadt*** ist getan. Ein nächster Schritt wäre ein Stadtratsbeschluss, den Titel ***Fairtrade-Stadt*** anzustreben. Ein anderer Schritt wäre, in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen *Fairtrade-Produkte* einzuführen oder ihre schon bestehende Verwendung zu intensivieren. Von verschiedenen MitbürgerInnen erfahre ich bereits Mithilfe. Ich freue mich über jede weitere Idee und Unterstützung, damit Traunstein eine ***Fairtrade-Stadt*** werden kann.

Kein Bedarf für ein Güterterminal im Haidforst

Von Wolfgang Wörner

zusammen mit der Bürgerintiative „Rettet den Haidforst" kämpfen wir Traunsteiner Grüne seit mittlerweile fast drei Jahren für den Erhalt des Haidforsts.
Nun hat die Firma Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH (BSH) in diesem Jahr ihr eigenes Güterterminal in Traunreut in Betrieb genommen. Somit gibt es nach unserer Ansicht wirklich keinen Bedarf mehr für ein Güterterminal im Haidforst.
Wir fordern deshalb die Stadt Traunstein auf, die geplante Flächennutzungsplan-Änderung über 29 Hektar für eine Güterverladestation im Haidforst zurückzunehmen. Der Haidforst muss ein von der Stadt Traunstein bewirtschafteter Nutzwald und ein Erholungswald für uns Bürger bleiben.

GRÜNES Traunstein
www.gruene-traunstein.de
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN TRAUNSTEIN

Künftig fahrradfreundliches Traunstein?

Von Wilfried Schott

Für viele Mitbürger ist der diesjährige Urlaub weitgehend vorüber. Bleibt zu hoffen und wünschen, dass alle gut erholt und gesund heimgekehrt sind. Für mich kann ich das wohl behaupten und noch zehre ich von meinen Urlaubserfahrungen. Erfahrungen, im wahrsten Sinne, denn ich war eine Woche mit dem Fahrrad unterwegs. So erlebt man die Natur und die Gegenden, durch die man strampelt deutlich intensiver als mit dem Auto und es ergeben sich oft nette Kontakte mit den Menschen am oder auf dem (Rad-) Weg. Einen ganz besonderen Eindruck hat die steirische Landeshauptstadt Graz bei mir hinterlassen:
neben vielen Sehenswürdigkeiten und den zahlreichen Kulturangeboten hat mich das tolle Radwegenetz in dieser Stadt sehr angenehm überrascht. Allenthalben Wegweiser und Hinweise auf wichtige Einrichtungen machten die Orientierung in der quirligen und doch weitflächigen Innenstadt einfach und ermöglichten weitgehend stressfreies Vorankommen.
Seit ich wieder zurück in Traunstein bin, denke ich mit gewisser Wehmut an dieses doch andere Radfahren zurück. Natürlich lässt sich Traunstein nicht mit Graz oder München vergleichen, allein schon von der Einwohnerzahl und der Größe.
Aber ein wenig mehr Unterstützung des Radverkehrs in Traunstein wünsche ich mir schon. Nicht zuletzt hat sich ja auch unser Verkehrsminister in den letzten Wochen für eine Steigerung des Radanteils bei den zurückgelegten Wegen ausgesprochen und dafür eine bessere Infrastruktur und höhere Sicherheit gefordert.
Um dies in Traunstein voranzubringen, haben wir Grüne im Stadtrat angefragt, ob sich die Stadt dem Verein „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern“ anschließt. Neben einem Beitrag müssen sich die Mitgliedskommunen verpflichten, den Radverkehr (als Teil des innerörtlichen Nahverkehrs) zu fördern und die Verkehrssicherheit (insbesondere der nicht automobilen Verkehrsteilnehmer) zu erhöhen. Nach vier Jahren überprüft eine neutrale Bewertungskommission die Einhaltung der Aufnahmekriterien und im positiven Fall wird die Auszeichnung „Fahrradfreundliche Kommune in Bayern“ verliehen. Das bringt einerseits einen Werbeeffekt für den Tourismus mit sich. Für wichtiger aber halte ich, dass Radfahrer in Traunstein zukünftig auf gut markierten Wegen möglichst sicher ihr Ziel erreichen können!

Radfahrer suchen den roten Streifen!

Von Thomas Stadler

Früher war er deutlich zu sehen, jetzt ist er verschwunden - ein roter Streifen markierte den Übergang vom Stadtplatz zum Maxplatz, der es den Radfahrern klar ermöglichte, sich gegen die Fahrtrichtung der Autofahrer zu bewegen. Wäre spannend zu wissen, warum dieser Teil jetzt fehlt, da der rote Fahrradstreifen ja anschließend zwischen den Taxiständen noch vorhanden ist. Ebenso ist der rote Streifen in der Bahnhofstraße abhanden gekommen. Dieser zeigte den Radfahrern wie Autofahrern deutlich an, dass Radfahrer die Einbahnstraße (Herzog-Friedrich-Straße bis zum Parkhotel) entgegen der Fahrtrichtung benutzen. Eine rote Markierung würde für Klarheit und Beachtung der Verkehrsregelung sorgen. Um eine noch größere Sicherheit in diesem Straßenabschnitt zu erreichen, könnte auch der breite Gehsteig an der Parkhotelseite für einen Fahrradweg genutzt werden. Gerade der älteren Generation, die mit der Nutzung der E-Bikes das Radfahren neu entdeckt, kann man hier entgegenkommen. Nicht zuletzt freut sich das Parkhotel über jeden radfahrenden Besucher.

„Größtes Augenmerk auf Prävention“

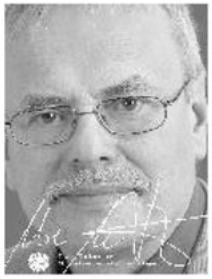
Anna Stephl führte das Gespräch mit Marianne Penn

Anna Stephl (links) im Gespräch mit Marianne Penn

Marianne, warum willst du in den Bezirkstag?
Aufgrund meiner langjährigen Tätigkeit als Heilpädagogin sehe ich hinter Regeln, Gesetzen und Paragraphen Menschen: Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die nicht durchs Netz fallen dürfen.
Größtes Augenmerk muss deshalb auf Prävention gelegt werden. So wie dies für mich in meinem beruflichen Alltag fachliche und persönliche Aufgabe und Herausforderung ist, sehe ich es als verstärkte Pflicht des Bezirkes, dafür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.
Das große Thema zur Zeit ist natürlich die Inklusion.
Hier möchte ich feststellen, dass sie kein Rezept für Alle ist. Sie kann auch sicher nicht mit einem Hauruck umgesetzt werden, sie muss langsam, aber mit tiefgreifenden Änderungen im Schulsystem wachsen. Keinesfalls darf sie ein Sparmodell sein und es ist vor allem auf gut ausgebildete Schulbegleiter zu achten.
Und vor dem Schulbeginn?
Am wichtigsten ist hier die Frühförderung. Sie garantiert den Kindern Anschluss zu finden und dann erübrigen sich oft weitere Maßnahmen, die den Bezirk noch mehr Geld kosten würden. Das heißt, rechtzeitig geholfen ist für beide Teile (für die Kinder und den Bezirk) von Vorteil.
Wo siehst du noch Probleme?
Es gibt immer mehr psychisch erkrankte Jugendliche und Erwachsene und das Thema ist nicht nur ein bezahlbares Gesundheitssystem, hier bedarf es eines neuen Konzeptes. Ambulant vor stationär, Teilhabe und Selbstbestimmung müssen ermöglicht werden, auch wenn die Person einer Betreuung bedarf.
Die beeinträchtigten Menschen werden älter...
Genau. Und hier sagt die bayerische Verfassung, dass ihnen den Bedürfnissen entsprechend die Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglicht werden muss. Also nach Bedarf und nicht nach Kassenlage. In den Zeiten knapper werdender Kassen gehören auch die Folgen der demographischen Entwicklung mehr in die Debatte. Hier kommen sicher große Veränderungen auf uns zu, die ich nicht nur mitbegleiten, sondern verantwortlich mitgestalten möchte.

Marianne Penn (55), verheiratet, ist Heilpädagogin im präventiven Bereich und hat zwei erwachsene Kinder, 30 und 25 Jahre alt. Sie ist die Initiatorin von „Faraja heißt Trost“, einem Förderverein zur Förderung von Bildungschancen von afrikanischen Kindern. Die Trostberger Stadträtin kandidiert für den nächsten Bezirkstag.

Veranstaltungshinweis:
Vortrag mit anschließender Disskussion
Uwe Kekeritz, MdB
zur Euro- und Finanzkrise
Mittwoch, 31. Oktober
Beginn 20:00 Uhr im Sailer Keller



GRÜNES Traunstein
www.gruene-traunstein.de
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN TRAUNSTEIN

Was bedeutet Gerechtigkeit für Sie?

Von Helga Mandl

Im Juni fragten wir Frauen von den Traunsteiner Grünen Bürgerinnen und Bürger: „Was bedeutet Gerechtigkeit für Sie?“ Chancengleichheit, Mindestlohn, faire Bezahlung, Gleichberechtigung im Beruf, Inklusion, Bürgerversicherung für alle, Generationengerechtigkeit und Recht auf Arbeit waren einige Antworten und Begriffe, die so auch immer die öffentlichen Diskussionen begleiten. Es gab aber auch BürgerInnen, die den Begriff Gerechtigkeit mit respektvollem, fairen Umgang untereinander verbinden und mit Menschenwürde gleichsetzen. Auch die individuelle Betrachtung der Menschen und dementsprechende Aktivitäten waren ein Wunsch. Diese Antworten zeigen, dass Gerechtigkeit herzustellen nicht nur Aufgabe des Staates sein kann, sondern die Gesellschaft als Ganzes fordert. So kann jeder Mensch im täglichen Miteinander seinen Beitrag leisten, um die Welt ein klein wenig gerechter zu gestalten. Manchmal genügen schon ein paar freundliche Worte oder eine nette Geste. Politik muss Rahmenbedingungen für soziale Gerechtigkeit schaffen, wie z.B. die Anhebung der Hartz-IV-Sätze oder die Einführung einer Bürgerversicherung oder eines Mindestlohnes.

Wir Grüne sehen die Menschenrechte als Grundlage für Sozialpolitik, die inklusiv ausgerichtet ist. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jeder Mensch einen Platz hat und in der sich jeder nach seiner Befähigung einbringen kann. Niemand darf ausgegrenzt werden, alle müssen eine Chance haben, sich in dieser Gesellschaft zu entwickeln und an dieser Gesellschaft teilzuhaben. Wir Grüne setzen uns ein für einen Staat, der sich an die Vielfalt der Menschen anpasst und dafür, dass die Menschen sich nicht an die Strukturen des Staates anpassen müssen.

Sind die Traunsteiner Kindergartengebühren gerecht - oder gerechtfertigt?

Von Katharina Stadler

In den letzen Wochen und Monaten wurde wieder einmal viel über die Staffelung der Kindergartengebühr nach Höhe des Einkommens diskutiert. Viele Eltern haben mit ihrer Unterschrift ausgedrückt, dass ihnen die Gebühren zu hoch sind. Aus meiner aktiven Zeit als Vorstand im Waldkindergarten kann ich mich ebenfalls noch an wenig erfreuliche Diskussionen zu diesem Thema erinnern, als wir vom Einheitsbeitrag auf die Traunsteiner Staffelung umstellten. Einige Diskussionspunkte möchte ich hier erwähnen:

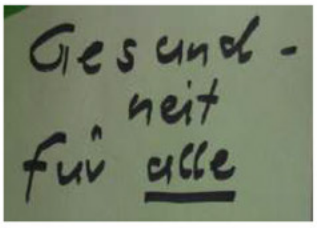
„Im Endeffekt, spart sich nur das Sozialamt etwas, weil es dann nur noch den niedrigsten Beitrag übernehmen muss.“

„Warum hört die Beitragsbemessung nach der 11. Stufe ab 59.000.-€ auf?“

„In der 3. Stufe zahlen wir, was in Otting oder Siegsdorf alle bezahlen, nämlich 77.-€.“.

Aus eigener Beobachtung kann ich sagen, dass jeder Vergleich Unzufriedenheit produziert. Ich schaue nicht mehr darauf, was mir die gute Betreuung meines Kindes „wert“ ist, sondern möchte möglichst viel für wenig Geld.
Natürlich würden sich auch die Grünen wünschen, dass Traunstein finanziell so gut dastehen würde wie die Stadt Burghausen, welche keine Kitagebühr verlangt. Wir Traunsteiner Grünen freuen uns, wenn sich Familien einmischen. Vielleicht ist die Fortschreibung der Einkommenstabelle, die der damalige Stadtrat unter OB Stahl eingeführt hat, neu zu überdenken. Die Einkommensverhältnisse haben sich verändert und wenn uns eine Solidargemeinschaft wichtig ist, sollte auch oberhalb 59.000.-€ eine Beitragsstaffelung denkbar sein.
Eine lebendige Diskussion darüber wird sicherlich nicht schaden und der Familienfreundlichkeit der Stadt Traunstein gut tun.

Unser Krankenhaus - Im Spannungsfeld zwischen wohnortnaher Versorgung und Kommerzialisierung



Von Alexandra Adler

Die „Kliniken der Südostbayern AG“ ist eine gemeinnützige Aktiengesellschaft und setzt sich aus sechs Kliniken der Landkreise Berchtesgadener Land und Traunstein zusammen. Mit 3.400 MitarbeiterInnen und über 50.000 stationär versorgten Patientinnen und Patienten zählt sie zu den größten Arbeitgebern in der Region. Aufgrund komplexer Wandlungsprozesse, insbesondere der Rahmenbedingungen im Gesundheitssystem, verändert sich die Krankenhauslandschaft tiefgreifend und mit zunehmender Dynamik. Tendenzen zur Kommerzialisierung (Bürokratisierung und Marktorientierung) nehmen zu. Dieser Ökonomisierungsdruck führt oft zu moralischen Konflikten und steht mit der ethischen Grundhaltung

- gegenüber den Patienten loyal zu sein
- allein im Interesse der Patienten zu behandeln
- das Wohlergehen der Patienten über die finanziellen Interessen der Klinik zu stellen

im Widerspruch. Auch unsere Krankenhäuser sind von diesem Strukturdilemma betroffen und stehen vor großen Herausforderungen. Zudem wird vom Bürger auf der einen Seite zu Recht eine hochqualifizierte Patientenversorgung erwartet, auf der anderen Seite soll dies von der Klinik wirtschaftlich erbracht werden.

Wir Grüne setzen uns für die Kliniken Südostbayern AG ein, für

- eine kommunale, ortsnahe Gesundheitsversorgung
- eine Finanzierungsform, die es den Kliniken ermöglicht, ihrer ethischen Verantwortung handelnd gerecht werden zu können
- eine gesundheitspolitische Änderung auf der Systemebene, die Personalverknappung, Fachkräftemangel sowie Qualitätssenkung begegnet
- den Erhalt und Ausbau der Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Arbeitsplätze

Impressum: Herausgegeben von Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband Traunstein - Auflage 5.100 - Ulenspiegel Druck GmbH, Andechs
V.i.S.d.P.: Helga Mandl, Wolfgang Wörner - Gamskoglstr.16, Traunstein

GRÜNES Traunstein

www.gruene-traunstein.de

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN TRAUNSTEIN

Brauchen wir in Traunstein neue Gewerbeflächen-Ausweisungen?

Von Wolfgang Wörner

Soll es überall so aussehen?

Jede Gemeinde ist auf der Suche nach weiteren Einnahmequellen. Neue Gewerbesteuerzahler können eine wichtige derartige Einnahmequelle sein. Und das führt dazu, dass Gemeinden sich gegenseitig überbieten, wenn sie neues Gewerbe haben können oder alles tun, damit bestehendes Gewerbe nicht abwandert. Somit geht in Bayern jeden Tag eine Fläche von 16-18 Hektar (durchschnittlich 25 Fußballfelder) verloren. Aber Achtung: jeder Konsument kann seinen Euro nur einmal ausgeben, d.h. neue Gewerbeflächen bringen in der Summe nicht zwingend mehr Gewerbesteuer. Die neuen Gewerbegebiete werden gerne an den Stadtrand gebaut, „da ist ja Platz“ und sie lassen somit jede Einfahrt in jeden Ort gleich unschön werden. Der Einzelhandel in der Innenstadt verliert seine Kunden, das dürfte sich auch bei den Dienstleistungsbetrieben (z.B. Frisöre) und in der Gastronomie auswirken. So hat man zum Beispiel in Trostberg in den letzten Jahren mit ansehen müssen, wie immer mehr Geschäfte in der Innenstadt geschlossen wurden.

In der Stadt Traunstein gibt es viele Gewerbeflächen, die zu verkaufen oder zu vermieten sind (einige Beispiele sind auf den Fotos zu sehen). Lassen wir es nicht zu, dass es in Traunstein in ein paar Jahren aussieht wie in Amerika, wo sich entlang der Straßen ein Gewerbe an das andere reiht. Wir brauchen eine gesetzliche Regelung die verhindert, dass die Gemeinden sich gegenseitig Gewerbe wegnehmen und wir brauchen eine gesetzliche Regelung, die diesen immensen Flächenverbrauch stoppt. Bis dahin sollte Traunstein Vorbild sein und sich zurückhalten, wenn es um ein neues Gewerbe „auf der grünen Wiese“ geht.

Einladung zum Stammtisch jeden ersten Dienstag des Monats
Beginn 20:00 Uhr im SailerKeller

ENERGIE SPAREN IM HAUS

Energiesparlampen benutzen
kostet: 40 Euro für vier Zimmer
spart: ca. 165 Euro/Jahr

Neuen Kühlschrank kaufen
kostet: ab 300 Euro
spart: ca. 75 Euro/Jahr

Vollwärmedämmung des Hauses
kostet: 15.000 bis 20.000 Euro
spart: 1.200 Euro/Jahr*

Heizung um ein Grad runterdrehen
kostet: 0 Euro
spart: ca. 40 Euro/Jahr

Moderne Heizung einbauen
kostet: ca. 10.000 Euro
spart: ca. 650 Euro/Jahr*

Standby-Geräte ganz ausschalten
kostet: 2,95 Euro
spart: bis zu 1.200 Euro/Jahr

* Diese Rechnung hängt von vielen Faktoren ab, z.B. Art der Heizung und des Brennstoffs, Alter der bisherigen Heizung, Qualität der Wärmedämmung

WUSSTEN SIE SCHON, DASS...

... drei Milliarden Kilowattstunden Energie durch Fernseher oder Stereoanlagen im Standby-Modus verloren gehen?

... nur ein Drittel der Kohle gespeicherten Energie im Stromnetz landet?

... die globalen Windströmungen 300 Mal mehr Energie enthalten als weltweit verbraucht wird?

... sofort ein kleineres Kohlekraftwerk abgeschaltet werden könnte, wenn alle Menschen in Deutschland nur eine Glühbirne durch eine Energiesparlampe ersetzen würden?

... die Sonne in weniger als 60 Minuten mehr Energie auf die Erde strahlt, als die Menschheit in einem ganzen Jahr verbrauchen kann?

Redaktion:

Alexandra Adler

Anna Stephl

Burgi Mörtl-Körner

Helga Mandl

Thomas Stadler

Wilfried Schott

Wolfgang Wörner